

Schulumbau – kein Fass ohne Boden

Beim Schulumbau galoppieren die Kosten davon. Hier muss die Kontrolle verbessert werden. Bei den Finanzen genau hinschauen, fordert die SPÖ.



Foto: Eva Spießberger

Mehr als 30 Millionen Euro fließen in den Umbau der Schulen und den Neubau des Kindergartens in den kommenden Jahren. „Bei einem Projekt in dieser Größenordnung muss es eine umfassende Kontrolle geben“, fordert SPÖ-Fraktionsvorsitzender Franz Danko.

Gemeindevertreter Florian Fleissner, stellvertretender Vorsitzender im Überprüfungsausschuss der Gemeinde, hatte kürzlich den fast 100 Seiten starken Bericht des Bundesrechnungshofes zu den Seekirchner Gemeindefinanzen in Händen. „Es muss klar sein, dass manche Fehler auf keinen Fall zwei Mal gemacht werden“, so Fleissner.

Daher hat die SPÖ einen Antrag

in Stadtrat und der Gemeindevertretung eingebracht, um beim Schulumbau eine begleitende Projektkontrolle sicher zu stellen. „Es soll nicht nur das Planungsbüro die Hoheit über den Schulumbau haben. Dafür braucht es Sachverständige, die ein scharfes Auge auf die Vorhaben werfen.“

Dabei soll jetzt endlich Tempo gemacht werden. „Seit vielen Jahren wird rund um den Schulumbau geplant, es ist jetzt höchst an der Zeit, dass mit den Baumaßnahmen begonnen wird“, so Peter Oberrauch, SPÖ-Vorsitzender in Seekirchen. „Es gibt zahlreiche Bauvorhaben in Seekirchen in den nächsten Jahren mit hunderten von Wohnungen und Neubauten von Sied-

lungen. Da werden sicher auch viele Familien herziehen. Diese demografische Entwicklung muss in den Planungen unbedingt ausreichend berücksichtigt werden, nicht, dass dann die geplanten Sanierungs-Container eine Dauereinrichtung für die zusätzlich benötigten Klassen- oder Lehrer*innenräume werden.“

Daher setzt sich die SPÖ vehement dafür ein, dass im Zuge der Planungen klargestellt wird, wie sich die Bevölkerungszahlen in Zukunft entwickeln werden. „Es sollte auf jeden Fall erhoben werden, ob die Erweiterung noch genügend Platz bietet für die Kinder, die künftig in Seekirchen in die Schule gehen werden.“, so Oberrauch.

Hallo!



Foto: SPÖ Salzburg

Keine Kontrolle – geht's noch?

Seekirchen wird vom Bundesrechnungshof wegen des Hofwirt-Projektes massiv kritisiert. Jetzt gibt es das Schulprojekt, das schon sieben Jahre ohne Baumaßnahme läuft und mehr als das Zehnfache kosten soll. Die SPÖ-Seekirchen hat massive Zweifel, dass die Planung alle Kriterien ausreichend berücksichtigt hat, noch dazu wo ein Experte das Fehlen ausreichender Reserven, auch für Preissteigerungen, festgestellt hat. Und dann lehnen alle anderen Fraktionen unseren Kontrollantrag ab und der Bürgermeister sagt, er wird mit diesem Experten sprechen und berichten? Will man die Projektmanager schützen, oder sind Steigerungen von 20 % oder 6 Mio. € egal?

Peter Oberrauch
Stadtparteivorsitzender

IMPRESSUM

Medieninhaber & Verleger:
SPÖ Salzburg (Ortsorganisation Seekirchen),
Wartelsteinstr. 1, 5020 Salzburg
salzburg.spoe.at | hallo-salzburg.at

Hersteller: Aumayer druck+verlag
Ges.m.b.H. & Co KG (5222)

Volle Transparenz bei den Kosten

Als stellvertretender Vorsitzender im Überprüfungsausschuss fordert Gemeindevorteiler Florian Fleissner mehr Transparenz und Kontrolle, besonders für Großprojekte wie den geplanten Umbau der Schule. Im Kurzinterview skizziert er seine Vorstellungen.

1. Was sind die Arbeitsschwerpunkte des Überprüfungsausschusses in Seekirchen?

Mit Sicherheit der Schulumbau, dieser wird uns die kommenden Jahre beschäftigen. Es darf nicht zu einer Kostenexplosion wie beim Hofwirt kommen. Als SPÖ fordern wir hier eine begleitende Kontrolle für das 30-Millionen-Projekt als Unterstützung.

2. Wo gibt es noch Luft nach oben?

Nach dem Bericht des Bundesrechnungshofes wurden neue Regeln für die Auftragsvergabe erstellt. Da werden wir sicher genau hinsehen. Es muss gerade bei Großaufträgen in der Gemeindevertretung berichtet werden, wer warum welchen Auftrag erhält. Kostentransparenz und Vermeidung von Kostenexplosionen sind uns wichtig.

3. Was sind deine weiteren politische Schwerpunkte in Seekirchen?

Leistbares Wohnen für die Seekirchner*innen und Seekirchner sowie für alle jene, die gerne in Seekirchen wohnen und leben möchten.



Foto: Arne Mäusele

Florian Fleissner

Ebenso möchte ich mich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verbesserte Öffnungszeiten bei den Betreuungseinrichtungen und niedrigen Gebühren einsetzen sowie auch mehr Freizeitangebote für Jugendliche schaffen. Auch wäre uns wichtig, eine Gemeinschaftspraxis mit Fachärzt*innen, z.B. eine Kinderärzt*in für die künftige Bezirkshauptstadt, nach Seekirchen zu bekommen.

Frauen verdienen mehr

Noch immer bleibt den Frauen wesentlich weniger am Konto als den Männern. 20 Prozent beträgt die Lohnschere in Österreich", kritisiert Eva Spießberger von der SPÖ Seekirchen. "Bei den Pensionen schaut die Lage für die Frauen noch schlechter aus. Unglaubliche 40 Prozent weniger haben die Frauen im Alter zur Verfügung als die Männer. Mit allen negativen Folgen, wie z. B., dass Wohnen kaum mehr finanzierbar ist und auch kleine Alltagsfreuden zum Luxus werden." Die Forderungen liegen auf der Hand: bessere Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und



Foto: Marlene Spießberger

leichterer Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit, um nur einige zu nennen.

Eva Spießberger

Noch immer verdienen Frauen in Österreich 20 Prozent weniger als Männer, hier muss sich endlich was ändern, meint Eva Spießberger von der SPÖ Seekirchen.

SPÖ-Forderung teilweise umgesetzt: Betreuungseinrichtungen länger offen – Nachholbedarf bei Kleinkindgruppen

Die Forderung der SPÖ Seekirchen nach längeren Öffnungszeiten für die gemeindeeigenen Kleinkindgruppen sowie Kindergärten wurde teilweise umgesetzt. 3 von 5 Kindergärten öffnen nun nachmittags zumindest bis 17:15, die Kleinkindgruppen im Stift und Grubingerhaus schließen um 14:30, die Kindergärten Mödlham und Hermann-Gmeiner um 14:00. Viele Eltern, welche eine längere Betreuung gerade für Kleinkinder benötigen, können ihre Kinder nur privat betreuen lassen, wie im Spatzenest bis 18 Uhr, hier bieten die gemeindeeigenen Kleinkindgruppen keine längeren Öffnungszeiten an. Die SPÖ begrüßt die Umsetzung ihrer Forderung und wird sich auch weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf



einsetzen. Auch in Anbetracht vieler Pendler*innen und zuziehenden Familien fordert die SPÖ künftig, dass

längere Öffnungszeiten (z.B. 18 Uhr) in allen Kinderbetreuungseinrichtungen und Kleinkindgruppen möglich

sind, natürlich bedarf es dazu auch mehr fachlich hochqualifiziertes Personal.



20.10.2020

Noch vor dem Lockdown rasch gemeinsam auf den Gaisberg, mit Abstand natürlich

Mach mit!

Unser Programm:
www.seekirchen.naturfreunde.at



Foto: Stefano Zito

Am Ostersonntag war es wieder soweit. Statt Osterreier suchen gab es – mit Abstand – Ostereier von unserer Osterhäsin. Die Kinder in Mödlham und beim Rupertusspielplatz waren begeistert.

Mach mit!

Unser Programm:
www.kinderfreunde-seekirchen.at

Die **Salzburger Wohnpreise** steigen weiterhin ins **Unermessliche**

Entgeltliche Einschaltung des SPÖ-Landtagsklubs

Die Corona-Pandemie bremst den Anstieg am Wohnungsmarkt nicht. Im Gegenteil: Die Preise steigen wieder stärker. Das bestätigt auch die neueste Immobilienmarktanalyse der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Wer eine eigene Wohnung oder ein Haus kaufen möchte, muss daher immer tiefer in die Tasche greifen. Und auch die Mietpreise steigen gerade in Salzburg ungebremst weiter. Übrigens nicht nur in der Stadt, sondern auch im Umland.

„Die ÖVP-geführte Landesregierung schaut der Preisrallye seit fast acht Jahren tatenlos zu. Dabei hat die ÖVP mit der Raumordnung ein zentrales Ressort inne. Auf



konkrete Ergebnisse, wie das Wohnen für die Salzburger Bevölkerung wieder billiger wird, wartet die Bevölkerung vergeblich“, bedauert der SPÖ-Klubvorsitzende LAbg. Michael Wanner und hofft auf ein Umdenken.

Die Salzburger SPÖ fordert Zweitwohnsitzbeschränkungen, die auch diesen Namen verdienen. „In Orten mit einem hohen Anteil an Zweitwohnsitzen braucht es endlich ein striktes Verbot von neuen Zweitwohnsitzwidmungen“, so auch Landespartei-
chef BR David Egger, welcher sich generell eine Überarbeitung des Raumordnungsgesetzes wünscht. Geht es nach der SPÖ, dann sollen nicht nur künftige, sondern auch Widmungen, die zum Teil schon

vor Jahrzehnten gewidmet wurden, zeitlich befristet werden.

Tatsächlich gibt es im Bundesland Salzburg 800 Hektar gewidmetes Bauland, das schlicht und ergreifend brach liegt. Dem gegenüber stehen Menschen, die gerne Grünland in Bauland umwidmen lassen würden. Das wiederum ist aufgrund der überbordenden Bestandwidmungen nicht erlaubt.

Bislang stießen die SPÖ-Vorschläge bei der Landesregierung allesamt auf taube Ohren. „Die ÖVP sagt nur, was alles nicht geht und behauptet, dass am Salzburger Wohnungsmarkt eh alles in Ordnung sei“, ärgert sich Wanner und verweist darauf, dass die Realität eine andere Sprache spricht.

Green New Deal: Nachhaltig aus der Krise

Die Salzburger SPÖ fordert für die Zeit nach der Corona-Pandemie ein nachhaltiges Konjunkturpaket, mit dem klimafreundliche Projekte forciert und neue Arbeitsplätze generiert werden sollen.

„Gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gibt es keine Impfung, sehr wohl aber Kredite zum Nulltarif. Der einzige Weg aus der Krise verläuft vorwärts und das bedeutet: Investieren, investieren, investieren. Sparen hingegen wäre in dieser Situation das Schlimmste, was man tun kann“, ist der

Salzburger SPÖ-Chef David Egger überzeugt und vertritt damit dieselbe Meinung wie die meisten Ökonomen und Akteure wie die Europäische Zentralbank.

Als konkrete Vorschläge nennen Egger und der SPÖ-Landtagsklubvorsitzende Michael Wanner erstens eine Salzburger Innovationsförderung für Startups und EPU's, zweitens einen Handwerkerbonus und drittens ein kommunales Investitionspaket für Infrastrukturprojekte in den Gemeinden. „Wir müssen uns ohnehin aus der Krise herausinvestieren. Und am



besten tun wir das, indem wir mit klimafreundlichen Innovationen der nächsten Katastrophe vorbeugen. Was wir daher brauchen, ist eine Salzburger Innovationsförderung. Gerade die 19.000 Ein-Personen-Un-

ternehmen in unserem Bundesland laufen in dieser Krise Gefahr, leise von der Bildfläche zu verschwinden. Damit würde aber auch jede Menge Innovationskraft verloren gehen“, so Egger.